

Frauen für Solidarität, Gleichberechtigung und Frieden

Der 8. März ist kein symbolischer Feiertag. Er ist ein Kampftag. Weltweit gehen Millionen Frauen auf die Straßen - gegen Unterdrückung, Gewalt, Armut und Krieg. Auch 2026 sind wir in Deutschland noch weit davon entfernt, gleichberechtigt zu leben. Während Milliarden in Aufrüstung fließen, wird bei sozialer Sicherheit gekürzt. Und wie so oft trifft es zuerst uns. Besonders Frauen mit Migrationsgeschichte sind bis heute stark von Ungerechtigkeit und Ungleichheit betroffen.

Schließen wir uns den weltweiten Protesten am 8. März an – für ...

... soziale Sicherheit statt Aufrüstung und Krieg!

Der Bundeshaushalt zeigt deutlich, welche Prioritäten gesetzt werden. Nach vorläufigen Planungen wird erwartet, dass die Verteidigungsausgaben rund 2,8 % bis über 3,5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erreichen. Während also Milliarden zusätzlich in Aufrüstung und Militär fließen, wird in anderen Bereichen gekürzt - beim Schutz von Frauen und Kindern, bei Bildung, Gesundheitsversorgung und Jugendhilfe.

Wir fordern Investitionen in Schutz, Bildung, Gesundheit und soziale Infrastruktur - nicht in Aufrüstung. Krieg und Militarisierung verschärfen soziale Ungleichheit und treffen Frauen und Kinder immer zuerst.

...ein Leben ohne Gewalt - die Bestrafung von Frauenmorden als Femizide und das uneingeschränkte Recht auf Schwangerschaftsabbrüche!

In Deutschland wird fast jeden Tag eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet. Alle drei Minuten erlebt eine Frau Gewalt. Jeden Tag werden mehr als 140 Frauen und Mädchen in Deutschland Opfer einer Sexualstraftat. Die Taten bei Femiziden werden

oft mit „Beziehungsdramen“ oder „Familienstreitigkeiten“ abgetan und nicht als das benannt, was sie sind, nämlich Femizide. Diese Verharmlosung führt dazu, dass Täter zu mild bestraft werden.

Es fehlen tausende Frauenhausplätze, Betroffene werden abgewiesen, Schutzräume sind chronisch unterfinanziert.

Wer Milliarden in Waffen investiert, aber bei Frauenhäusern spart, setzt klare Prioritäten.

... ein Leben ohne Armut und prekäre Arbeit!

Auch wirtschaftlich tragen Frauen die Hauptlast sozialer Kürzungen. Sie arbeiten überdurchschnittlich häufig in Teilzeit, in Minijobs oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen - besonders Frauen mit Migrationsgeschichte. Die Angriffe der Regierung auf z.B.



Teilzeit - ohne z.B. etwas an der Kinderbetreuung etc. zu ändern - trifft also in erster Linie Frauen.

Reallohnverluste, steigende Mieten und hohe Lebenshaltungskosten verschärfen die Situation. Deshalb kämpfen wir Seite an Seite mit unseren Kollegen bei Tarifauseinandersetzungen für höhere Löhne. Auch heute verdienen Frauen deutlich weniger als Männer - für die gleiche Arbeit. Altersarmut ist längst weiblich. Deshalb brauchen wir gleichen Lohn für gleiche Arbeit, höhere Reallohne, eine sichere Rente und eine kostenlose, flächendeckende Kinderbetreuung, die echte Teilhabe von Frauen ermöglicht.

Soziale Sicherheit ist keine Nebensache. Sie ist Voraussetzung dafür, dass Frauen selbstbestimmt leben, Gewalt verlassen und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Armut nimmt Frauen die Möglichkeit, sich aus Gewalt zu befreien. Wer finanziell abhängig ist, kann nicht einfach gehen.

... Solidarität statt Spaltung und Rassismus!

Immer wieder werden Migranten und Geflüchtete für soziale Probleme verantwortlich gemacht. Nicht Migranten sind schuld an Sozialabbau, Entlassungen oder steigenden Preisen, sondern ein System, das Profite über Menschen stellt.

Die sich wiederholenden Aussagen zeigen: Es ist keine Seltenheit, dass reale Probleme in der Gesellschaft auf Minderheiten abgewälzt werden, um von den eigentlichen Ver-

ursachern abzulenken und sich der Problematik nicht im Kern zu widmen. Nicht das erste Mal nutzen Parteien Krisen und Ängste, um Hass zu schüren und uns gegeneinander auszuspielen - gegen Geflüchtete, gegen Menschen mit Migrationsgeschichte. Wer ein Interesse daran hätte, dass „die Töchter“ sicher sind, würde die Istanbul-Konvention vollumfänglich umsetzen und fehlende Frauenhausplätze schaffen. Aber Ziel ist nicht Schutz oder Gerechtigkeit, sondern Spaltung und Politik im Interesse der Reichen. Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen.

... Gleichberechtigung, Schutz und Frieden!

Während Milliarden für Aufrüstung bereitgestellt werden, kämpfen Frauen täglich um Schutz, um faire Löhne, um ein Leben ohne Gewalt. Wir akzeptieren nicht, dass auf unserem Rücken gespart wird. Wir akzeptieren nicht, dass unsere Sicherheit weniger wert ist als geopolitische Interessen.

Frauen weltweit kämpfen unter den schwierigsten Bedingungen für ein besseres Leben. Sie organisieren sich, sie leisten Widerstand, sie geben nicht auf. Genau das tun wir auch.

Gehen wir am 8. März auf die Straßen. Kämpfen wir gemeinsam - für Gleichberechtigung, ein Leben ohne Gewalt und für Frieden.



Föderation Demokratischer Arbeitervereine e.V. (DIDF)
Berliner Str. 77, 51063 Köln
Tel.: 0221 925 5493 - Email: didf@didf.de - Web: www.didf.de
Instagram: @didf_deutschland - V.i.S.d.P.: Alev Bahadır